



BAYERISCHE
LANDESÄRZTEKAMMER



Gesundheitspolitische Positionen der Bayerischen Landesärztekammer

Stand November 2023

Gesundheitspolitische Positionen der Bayerischen Landesärztekammer

1. Krankenhausreform sinnvoll umsetzen

Die stationäre Versorgung und die Krankenhäuser sind ganz klar ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und von daher ist es geboten, zügig geeignete Reformen umzusetzen. Die geplante Einführung einer Vorhaltevergütung für die Kliniken ist wichtig. Dadurch könnten Krankenhausstrukturen künftig unabhängig von der Leistungserbringung bereitgestellt werden. Keine gute Idee ist es, die Fallpauschalen zu Gunsten einer Vorhaltevergütung abzusenken. Auf diese Weise wirken Fehlanreize weiter, die schon bisher zu einer massiven Schieflage in unserem Gesundheitssystem geführt haben. Die Bayerische Staatsregierung muss sich auch künftig in Berlin dafür stark machen, dass die **Länderkompetenzen in der Krankenhausplanung** erhalten bleiben.

2. Ambulanten Bereich als Pfeiler der Versorgung sicherstellen

Ärztinnen und Ärzte in der ambulanten Versorgung sind Pfeiler der Versorgung, unsere Praxen sind Weiterbildungsstätten - zudem sind wir Arbeitgeber für mehr als 76.000 Medizinische Fachangestellte (MFA) in Bayern. Im haus- und fachärztlichen Bereich finden sich keine Nachfolgerinnen und Nachfolger mehr für die Praxen, weil die Rahmenbedingungen nicht mehr passen. Es besteht ein Ungleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag, überbordender Bürokratie und dem Zwang zur Anwendung einer dysfunktionalen Telematik-Infrastruktur mit Androhung von Strafzahlungen. Die **konsequente Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Niederlassung** sollte deshalb auf Ihrer Agenda oberste Priorität haben.

3. Bürokratieabbau vorantreiben

Eine essenzielle Forderung an die neue Bayerische Staatsregierung ist die Entbürokratisierung. Sinnbildlich für den zunehmenden Bürokratiedschungel in den Praxen sind die neuen Vorgaben zur Erfassung von Patientendaten in die elektronische Patientenakte: In „didaktisch und semantisch interoperabler Form“ sollen diese aufbereitet und eingegeben werden, was für die Praxen einen exponentiellen Zuwachs an Aufwand bedeutet. Daher sollten künftig **für jede neue Vorschrift oder Regelung zwei alte entfallen**.

4. Sinnvolle Patientensteuerung angehen

Auch eine sinnvolle Patientensteuerung gehört in den Forderungskatalog. Es muss wieder ein Einklang von (überbordender) Inanspruchnahme und (schwindenden) Ressourcen hergestellt werden. Derzeit stellen wir fest, dass ein ungesteuerter Zugang zum Gesundheitswesen dieses solidarisch finanzierte System an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bringt: „Jeder zu jeder Zeit überall von jedem alles“ ist nicht mehr möglich. Die BLÄK fordert deshalb eine **Besinnung auf die in der Sozialgesetzgebung vorgegebene Formulierung, dass die Behandlung wirtschaftlich, ausreichend, und zweckmäßig sein soll** und das Maß des Notwendigen nicht überschreiten darf. Im ambulanten Bereich bietet sich ein freiwilliges Primärarztmodell, wie die hausarztzentrierte Versorgung (HzV) an, durch welche nachweislich Kosten eingespart werden können.

Eine mögliche Antwort, wie das Problem überlasteter Notaufnahmen gelöst werden kann, liefert das Pilotprojekt zur strukturierten medizinischen Ersteinschätzung am RoMed Klinikum Rosenheim. Im Rahmen des Projekts werden alle im Klinikum ankommenden Patienten nach Dringlichkeit priorisiert

und in verschiedene Gruppen eingeteilt. Gegebenenfalls wird den Patienten dann auch eine Behandlung in einer nahegelegenen Haus- oder Facharztpraxis angeboten. Die BLÄK unterstützt das Projekt nicht nur als Lösungsprojekt für Bayern, sondern auch als einen möglichen bundesweiten Ansatz.

5. Datenzugriff der Elektronischen Patientenakte (ePA) differenzieren

Neben einer transparenten Umsetzung – welche Daten werden vom wem zu welchem Zweck und wie lange verwendet – und hohen Standards beim Datenschutz sind **fein differenziertere Widerspruchsmöglichkeiten unerlässlich. Eine granulare Einwilligung zur ePA muss barrierefrei möglich sein.** Dies steht für die Freiheit und die Verantwortung in der ärztlichen Profession und damit für aktiven Patientenschutz.

6. Nutzenstiftende Digitalisierung forcieren

Wir fordern **einheitliche Standards bei der Übermittlung von Patientendaten.** Digitalisierung muss einen **Mehrwert** haben und **nicht nur um ihrer selbst willen** gefordert werden. Sie darf keinesfalls zu einer Mehrbelastung in den Praxen und Kliniken führen und auf diese Weise wertvolle Zeit am Patienten rauben. Gemäß einer Umfrage des Instituts für Qualitätsmessung und Evaluation (2022) verlieren etwa Klinikärzte im Mittel drei Stunden pro Tag durch administrative Tätigkeiten.

7. Investorengestützte Medizinische Versorgungszentren regulieren

Die BLÄK fordert eine weiterhin **klare Positionierung gegen eine marktbeherrschende Stellung investorengestützter medizinischer Versorgungszentren.** Wir unterstützen die von der Bundesärztekammer vorgelegten Regulierungsvorschläge für investorenbetriebene MVZ (iMVZ) und fordern den Gesetzgeber auf, auf dieser Grundlage unverzüglich und entschieden tätig zu werden.

8. Ausbau der Studienplätze für Medizin sicherstellen

In Bayern lässt sich in den nächsten Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung sowie neuer Behandlungsmöglichkeiten für Patienten ein weiter **steigender Ärztebedarf prognostizieren.** Aus Sicht der BLÄK ist es aus diesen Gründen notwendig, mehr junge Ärztinnen und Ärzte für die Versorgung zu gewinnen und den **Ausbau der Studienplätze für Medizin** zu fördern.

9. Umsetzung der neuen Approbationsordnung vollenden

Wir fordern die **zügige Umsetzung der Novellierung der Approbationsordnung,** da wir darin Chancen sehen, dringend benötigte Veränderungen im Medizinstudium zu verwirklichen. Dazu gehören insbesondere die Stärkung der praktischen und kompetenzorientierten Ausbildung und der stärkere Fokus auf wissenschaftliches Arbeiten.

10. Landarztquote modifizieren

Praxisübernahmewillige, die nach einer Mitarbeit für jeweils ¼ Jahr in der Klinik und Praxis zur Übernahme ohne weitere sonstige Voraussetzungen bereit sind, sollten zum Auswahlgespräch zugelassen werden.

11. Arzneimittelknappheit entgegentreten

Ein weiteres drängendes Problem ist aktuell die Arzneimittelknappheit, die sich in diesem Herbst und Winter 2023/24 noch verstärken dürfte. Die Diversifizierung der Beschaffung samt kluger Lagerhaltung der Arzneimittel ist das Gebot der Stunde. Wir fordern die neue Staatsregierung deshalb auf, sich für die **Rückverlagerung kritischer Arzneimittel nach Europa** einzusetzen, ausgerichtet auf **Nachhal-**

tigkeit und Klimaneutralität. Zudem setzen wir uns für einen **Ausbau der Lagerhaltung** sowie ein „Fair-Trade-Siegel“ ein.

12. Prävention fokussieren und Klimawandel ernst nehmen

Beim Klimawandel brauchen wir eine enkeltaugliche Gesundheitspolitik. Dazu gehört neben dem Ausbau der Prävention der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Gesundheitsschutz für die Zukunft bedeutet deshalb die konsequente Ausrichtung der bayerischen Politik auf die Erreichung der Klimaneutralität, den Schutz der Artenvielfalt und der Umwelt. Das bedeutet die Umsetzung bestehender und noch zu vereinbarenden Ziele im Sinne von „**Planetary Health in all policies**“. Darunter fällt insbesondere die **gesetzliche Verankerung und verbindliche Einführung von Hitzeschutzplänen** sowie die **gesetzliche Verankerung des Menschenrechts auf Wasser**.

13. Gesundheitsthemen durch Aufnahme in die Rahmenlehrpläne fördern

Die Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen in Kindergärten und Schulen soll durch die **Aufnahme entsprechender Bildungsinhalte in die Lehrpläne frühzeitig gestärkt werden**.



Bayerische Landesärztekammer
Referat Kommunikation, Politik, Marketing

Mühlbauerstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-268

E-Mail: kpm@blaek.de
www.blaek.de oder www.bayerisches-aerzteblatt.de